

Monarchismus und Sozialdemokratie.

ap. Der Schluß der Reichstagsſitzung hat in der Presse Anlaß zu einer Erörterung über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu monarchischen Guldigungen gegeben. Nachdem noch gerade am letzten Tage der tiefe Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und der ganzen bürgerlichen Mehrheit in der Stellung zur Monarchie scharf zum Ausdruck kam, hielt ein Mitglied unserer Fraktion, Genosse Landeberg, der Vertreter von Magdeburg, es für angebracht, sich in passiver Weise an dem für den Schluß der Sitzung üblichen Kaiserhoch zu beteiligen. In weiten Kreisen der Partei mußte das unangenehm berühren; dagegen jubelt die bürgerliche Presse ihm zu und versucht — wohl ohne es selbst zu glauben — daran Hoffnungen auf eine künftige Wandlung der Sozialdemokratie zu knüpfen. Und sie beeilt sich, aus alten Schriften den Nachweis zu führen, daß Sozialismus und Monarchie gar keine unvereinbaren Gegensätze sind.

Man mag es bisweilen den Anschein haben, als messen wir dem Monarchismus kein Hauptgewicht in unserem Kampfe bei; in der Agitation der Partei trat die Forderung der Republik nur selten besonders hervor. Das hatte diesen einfachen Grund, daß es für die bürgerliche Gesellschaft ziemlich einerlei ist, ob die monarchische oder die republikanische Staatsform herrscht. Die Republik in Frankreich und die Monarchie in Deutschland geben einander in Bekämpfung des Proletariats kaum etwas nach. Das hat aber mit der Staatsform der Zukunftsgesellschaft nichts zu tun. Auch ist es richtig, daß in den künstlichen Konstruktionen sozialistischer Gesellschaften bei früheren Utopisten mitunter ganz gut Raum für eine oberste gewählte oder erbliche Regierungsperson bleiben konnte. Aber diese Konstruktionen haben mit dem kommenden sozialistischen Gemeinwesen genau so viel Nichtigkeit, wie eine schön mit Kunstblumen arrangierte Base mit der blühenden Pracht der reichen lebendigen Natur. Wenn nach der Aushebung der Ausbeutung eine freie selbstbewußte Menschheit wie ein Herrenvolk über die Natur und ihr eigenes Schicksal gebietet, so wird sie sich gar nicht vorstellen können, was für Dinge Herren und Fürsten eigentlich sind — sie sind undenkbar geworden.

Aber um diese Frage handelt es sich gar nicht; es beweist nur die Verständnislosigkeit der bürgerlichen Presse, wenn sie die politische Form der sozialistischen Zukunftsgesellschaft heranholt. Die Sozialdemokraten sind nicht, wie sie wohl glaubt, Leute, die heute schon nach Art eines vorgestellten Zukunftsstaates leben wollen, sondern Leute, die ihn erkämpfen wollen, die den Klassenkampf führen. Nicht die sozialistische Gesellschaft, sondern der Klassenkampf ist maßgebend für all unser Handeln. In jener Zukunft wird man z. B. von Arbeiterschutzgesetzen nichts wissen, weil sie dann nicht mehr nötig sind; heute aber fordern wir sie als eine Stärkung des Proletariats im Klassenkampfe. So wird auch unsere Haltung gegenüber Monarchen und monarchischen Huldigungen bestimmt, nicht durch die Rolle der Monarchie im Zukunftsstaat, sondern durch die Rolle der Monarchie im heutigen Klassenkampfe.

Daß die Fürsten sich über ihren Platz im Zukunftsstaate keine linksliberalen Illusionen machen, beweist ihre praktische Haltung: im Klassenkampfe stehen sie überall an der Seite der Bourgeoisie gegen das sozialistische Proletariat. Und sie kommen dabei dem Ausbeutertum gut zu statten. Die Kapitalistenklasse hat alle Ursache, darauf zu achten, daß das ausgebeutete Volk nicht sehe, wie sie eigentlich Staat und Gesetzgebung beherrscht. Daher schiebt sie die Fürsten vor, die mit ihren Uniformen und ihrem althergebrachten Ansehen die Massen über die Kapitalherrschaft täuschen müssen. Die häßliche Kapitalistenfrage versteckt sich hinter den strengen oder milden Zügen des erhabenen Landesvaters. Die Bourgeoisie spekuliert auf den Glanz der Krone, um sich gegen die wachsende Auflehnung der proletarischen Massen ihre Profite zu sichern. Noch schärfer tritt das hervor, wenn vielleicht der Fürst selbst sich an dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie beteiligt. So wird der Monarch, aktiv oder passiv, gleichsam zum Führer der besitzenden Klassen im Kampfe gegen das revolutionäre Proletariat. Um ihn sammeln sie sich, wie um eine Fahne.

Seinen Ausdruck findet diese Führerschaft in der Zeremonie des Kaiserhochs. Ueberall wo Mitglieder der herrschenden Klasse, Anhänger des herrschenden Systems zusammenkommen, bildet das gemeinsame Kaiserhoch ihre Beteuerung der Treue gegen Kaiser und Reich, also der Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie. In früherer Zeit wurde das Kaiserhoch in den politischen Versammlungen als Mittel benutzt, Sozialdemokraten fernzuhalten

— jetzt allerdings scheint das nicht einmal mehr zu helfen, jetzt möchte man oft nur zu gern Sozialdemokraten heranziehen, da die Versammlungen sonst nicht voll werden. Und auch in den Parlamenten dient das Kaiserhoch am Schluß der Sessionen als eine gemeinsame feierliche Kundgebung der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien für die heutige Staatsordnung, gegen den Umsturz.

Daher ist es die einfachste Selbstverständlichkeit, daß die Sozialdemokratie sich an einer solchen gegen sie gerichteten Kundgebung nicht beteiligen kann; von altersher haben unsere Genossen deshalb die Gewohnheit angenommen, sich vor dem Kaiserhoch aus dem Sitzungsaal zu entfernen. Diese Gegendemonstration erschien immer so selbstverständlich, daß auch unsere Gegner nichts dagegen einwenden konnten; nur die linksliberale Presse glaubt in geschmackloser Weise unsere Fraktion wegen des „fluchtartigen“ Verlassens des Saales der Lächerlichkeit preisgeben zu können. Wenn der Vorstand der Magdeburger Parteiorganisation in seiner Resolution zum Verhalten Landsbergs in einem ähnlichen Gedankengang sagt, daß er nicht beurteilen will, ob das Verlassen des Saales „die einzige der Größe der Partei würdige Form der Demonstration“ gegen das Kaiserhoch ist, so ist das eine Frage, auf die es bei der Beurteilung Landsbergs nicht ankommt. Sicher gibt es andere Formen für unsere Demonstrationen gegen die monarchische Kundgebung. Das Verlassen des Saales bedeutet eine Art Höflichkeit gegen die Gegner, indem man sie, um sie in ihrer Kundgebung nicht zu stören oder zu ärgern, unter sich läßt, ähnlich wie wir eine christliche Majorität, die etwa die Sitzung mit Gebet schließen wollte, darin nicht stören würden. Aber die Sozialdemokraten können auch anders. Als die Mehrheit im Preußenhaus unsere Genossen einmal wegen ihres Davonlaufens verhöhnte, kehrten diese zurück und demonstrierten durch Sitzbleiben gegen das Kaiserhoch. Wenn die Reichstagsmehrheit dieselbe Geschmacklosigkeit begehen würde, könnte dort dasselbe vielleicht passieren. In den alten Brauch des Hinausgehens ist unsere Partei nicht gebunden.

Aber darum handelt es sich hier nicht. Der Magdeburger Vorstand hatte nicht zu beurteilen, ob die Handlung der Fraktion verbesserungsbedürftig war, sondern erstens, ob Landsberg auf eigene Faust gegen den ausdrücklichen Fraktionsbeschluß anders handeln durfte — dafür hat er einen gelinden Tadel bekommen — und zweitens, wie seine eigene Tat zu beurteilen sei. Und wichtiger

als die formelle Seite des Disziplinbruchs — so notwendig im allgemeinen das einmütige Auftreten der Fraktion ist, so sind Ausnahmefälle denkbar — ist der Inhalt, die Bedeutung der Tat selbst. Genosse Landsberg hat nicht durch Eigenbleiben gegen das Kaiserhoch demonstriert, sondern hat sich daran durch Stehenbleiben passiv beteiligt. Das war nicht einfach eine Tat der Höflichkeit — höflich waren diejenigen, die hinausgingen — sondern es war auch eine Demonstration, d. h. eine Tat, die in knapper symbolischer Form, wie in einer kurzen Formel, eine ganze Anschauungsweise zum Ausdruck bringt.

In einem Parteiblatt, das sich an seine Seite stellt, wird gesagt, daß diese Form, das Kaiserhoch schweigend und stehend anzuhören, „einen viel besseren Eindruck“ mache als das Hinausgehen. Ja, gewiß, aber auf wen? Nicht auf die Arbeiter, sondern auf die Gegner, auf die Bourgeoisie. Und damit ist der Sinn der Landsbergschen Tat klargelegt. Sie soll einen guten Eindruck auf die Bourgeoisie machen; sie besagt, daß man sich annähern will, daß man von dem scharfen Kampfgegensatz zu den bürgerlichen Parteien, die die anderen durch ihren Protest ausdrücken, nichts wissen will.

Das Verhalten Landsbergs war kein bedeutungsloser Zufall, sondern die Demonstration einer bestimmten Ueberzeugung, eine Demonstration gegen die Parteiprinzipien und die Parteidisziplin, zugleich ein Versuch, wie weit man damit in der Partei gehen kann. Die Partei spricht mit ihrer Demonstration zu den Arbeitermassen: wir wollen die heutige Ordnung umstürzen, wir stehen in schärfster Feindschaft allen Verteidigern dieser Ordnung gegenüber und bekämpfen sie gründlich. Landsberg spricht in seiner Gegendemonstration: ich will die Bourgeoisie nicht gründlich bekämpfen, ich bin bereit, ohne Rücksicht auf die Empfindungen der Arbeiter mit ihr zu paktieren, und pfeife dabei sogar, wenn es nötig ist, auf die Parteidisziplin. Die Partei wird auszusprechen haben, ob sie das zuläßt. —